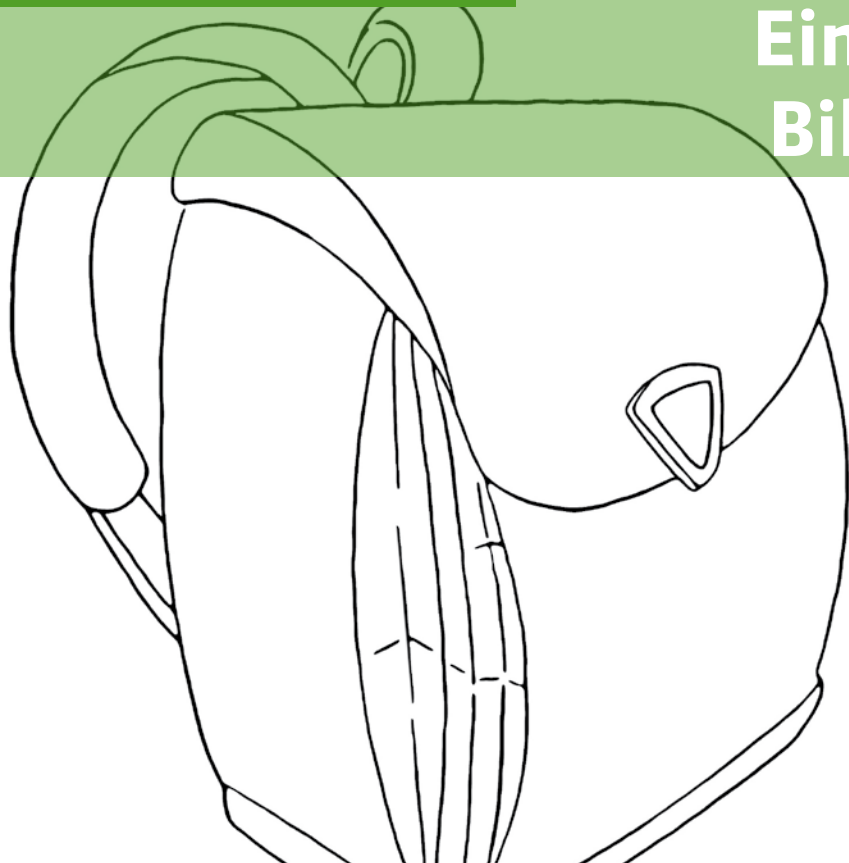


grünpol

Nr. 38 | November 2011

Eins, zwei, drei, vier Bildungsinitiativen



Als Reaktion auf geplante Sparmassnahmen bei der Volksschule und den weiterführenden Schulen wurden vier Bildungsinitiativen lanciert.

Das Entlastungspaket 12/15 sieht im Bildungsbereich jährliche Sparmassnahmen vor, welche die Schülerinnen und Schüler der Volksschule und der weiterführenden Schulen direkt treffen.

Mit vier Bildungsinitiativen möchten die überparteilich zusammengesetzten Initiativkomitees dem geplanten Bildungsabbau entgegenreten.

Die Initiative «Keine Zwangsverschiebungen an Baselbieter Schulen» ist die erste von vier Bildungsinitiativen, die dieses Jahr lanciert und im Mai erfolgreich mit über 7000 Unterschriften eingereicht wurde. Ausschlaggebend für die Lancierung war die Verschiebung von Schülerinnen und Schülern innerhalb eines

Sekundarschulkreises ohne Einwilligung von Eltern und Schule.

Die zweite Initiative «Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere» verlangt das Fortbestehen der Kaufmännischen Vorbereitungsschule (KVS). Die KVS ist eine einjährige Erfolgsschule, die vor allem schulisch schwächeren Jugendlichen ermöglicht, sich nach der Sekundarschule optimal auf eine kaufmännische Ausbildung vorzubereiten. Die Streichung der KVS ist eine Sparmassnahme, welche die Regierung im Entlastungspaket 12/15 vorsieht. Diese Initiative wurde im August ebenfalls mit knapp 7000 Unterschriften eingereicht.

Die beiden aktuellen Initiativen liegen im Grünpol bei und können

heute noch unterschrieben und zurückgeschickt werden:

«Ja zur guten Schule Baselland: überfüllte Klassen reduzieren» will die Richt- und Höchstzahl der Klassengrössen moderat nach unten anpassen und somit die individuelle Betreuung der Jugendlichen im Unterricht optimieren und die Qualität des Unterrichts steigern.

Die vierte Bildungsinitiative lautet «Ja zur guten Schule Baselland: Betreuung der Schüler/-innen optimieren». Diese verlangt eine Verbesserung der Betreuung der Jugendlichen auf Sekundarstufe. Klassenlehrkräfte sollen für die individuelle Betreuung der Schülerinnen und Schüler mehr Zeit erhalten und dafür eine Stunde weniger



Philipp Schoch, Präsident Grüne Baselland

Investitionen in die Zukunft – Entwicklungsprogramm fürs Baselbiet

Die Kantonsfinanzen sind ein Sanierungsfall. Die Grünen Baselland unterstützen grundsätzlich die von der Regierung vorgeschlagene Sanierung der Finanzen, lehnen das Entlastungspaket in der heutigen Form aber ab. Massive Abstriche in der Bildung, beim öffentlichen Verkehr und im Umweltschutz sind nicht akzeptabel.

Wir vermissen eine Vorwärtsstrategie, die einen Aufbruch ermöglicht.

Eine nachhaltige Strategie ist mehr als nur Sparen; sie bezieht gezielte Investitionen mit ein. Wir Grüne fordern darum ein Entwicklungsprogramm im Umfang von ca. einer Milliarde Franken. Es beinhaltet u.a. folgende Punkte:

Beschleunigte Erschliessung von Salina Raurica per Tram; Einführung der Linie 16 ins Dreispitzgebiet; Bau eines Disziplinen-Spitals mit europäischer Ausstrahlung gemeinsam mit Basel bei gleichzeitiger Schliessung/Umwidmung der Spitäler Laufen, Bruderholz und Ausbau des Kantonsspitals Liestal; Erschliessungsfonds für kantonale Wirtschafts-Schwerpunktgebiete (z.B. Birs-Ebene Münchenstein, Aesch Nord, Hafen Birsfelden).

Ein gezieltes Investitionsprogramm könnte zusammen mit einer nachhaltigen Finanzstrategie zu einer längerfristigen Stärkung der Ertragskraft des Kantons beitragen. Wir brauchen in dieser schwierigen Situation eine Perspektive für die Zukunft.

die gesamte Klasse unterrichten. Die Heterogenität der Schulklassen ist heute viel grösser als noch vor 20 Jahren; leistungsstarke Schüler sind unterfordert, leistungsschwache überfordert. Diese Situation führt nicht selten zu Demotivation oder Schulversagen und die Eltern versuchen die Lücke mit Nachhilfeunterricht zu kompensieren.

Als Sekundarlehrerin und Klassenlehrperson einer 8. Klasse begrüsse

ich die Ziele dieser Initiativen vollumfänglich. Mit einer zusätzlichen «Betreuungslektion» und der Anpassung der Klassengrössen können wir einiges zur Verbesserung des Lern- und Arbeitsumfeldes bewirken. Schulische oder persönliche Schwierigkeiten können individuell und ausserhalb des regulären Unterrichtes besprochen werden.

Florence Brenzikofer, Vizepräsidentin
Grüne Baselland

Nein zur Änderung des Bildungsgesetzes

An unseren Schulen werden im Schnitt alle 15 Jahre neue Lehrpläne und Stundentafeln eingeführt, die jeweils vom Bildungsrat geprüft werden: Heute entscheidet er abschliessend darüber.

Am 27. November befindet das Volk an der Urne über folgende Änderung: Der 12-köpfige Bildungsrat soll nicht mehr definitiv beschliessen, sondern Lehrpläne und Stundentafeln würden durch die landrätliche Bildungskommission als zweites Fachgremium auf Schwachstellen überprüft. Der Landrat müsste als oberstes Gremium das Geschäft definitiv absegnen oder

dieses an den Bildungsrat zur Nachbesserung zurückweisen.

An der Mitgliederversammlung lehnte eine deutliche Mehrheit die vorgeschlagene Änderung aus folgenden Gründen klar ab: Die Änderung bedeutet eine Schwächung des Bildungsrats. Zudem können bei der Einführung von neuen Lehrplänen Verzögerungen oder eine Patt-Situation entstehen, wenn der Landrat das Geschäft an den Bildungsrat zurückweist. Empfehlung der Grünen Baselland: Ablehnen.

Jürg Wiedemann, Landrat Birsfelden

Ja zum Gegenvorschlag zur Steuerinitiative

Im Sommer 2009 wurde von der FDP die Initiative für «einfachere Steuern im Baselbiet» eingereicht. Sie verlangt, dass sich das Baselbiet auf eidgenössischer Ebene für zwei Änderungen beim Steuergesetz stark macht:

1. Die Steuererklärung soll einfacher auszufüllen sein;
2. Die Abschaffung der Vermögenssteuer und deren Ersatz durch die Besteuerung eines theoretischen Einkommens, welche diese Vermögen erzielen.

Während die erste Forderung unbestritten war (wer will schon keine einfachere Steuererklärung!?) ist die zweite Forderung der Initiative hoch problematisch, ja gefährlich. Sie würde wahrscheinlich dazu führen, dass Anlagen mit hohem Risiko steuerlich begünstigt würden und konservative Anlagen bestraft würden. Aus diesem Grund hat der Landrat mit grossem Mehr und mit Unterstüt-

zung der Grünen Fraktion beschlossen, einen Gegenvorschlag zur Initiative zur Abstimmung zu bringen. Dieser Gegenvorschlag beinhaltet lediglich den ersten Punkt der Initiative (Vereinfachung der Steuererklärung). Die FDP hat daraufhin ihre Initiative zurückgezogen. Empfehlung der Grünen Baselland: Zustimmung.

Klaus Kirchmayr, Landrat Aesch

Ja zur Einführung des Öffentlichkeitsprinzips

Bis anhin gilt für staatliche Stellen das Geheimhaltungsprinzip. Gemäss diesem Grundsatz müssen alle staatlichen Informationen grundsätzlich geheim und ausdrücklich freigegeben werden, damit die Öffentlichkeit sie einsehen kann.

Dies soll jetzt geändert werden. Neu sollen staatliche Informationen grundsätzlich öffentlich sein und müssen explizit als geheim deklariert werden, wenn man sie der Öffentlichkeit nicht zugänglich machen will. Neu sollen die Bürgerin-

nen und Bürger ein generelles Recht erhalten, Informationen über die Arbeit der staatlichen Verwaltung zu bekommen.

Dieser grundlegende Wechsel, welcher auch auf Initiativen von grüner Seite zurückgeht, war im Landrat und bei der Grünen Fraktion unbestritten. Er stellt ein echter Fortschritt dar in Sachen Transparenz und Bürgernähe. Empfehlung der Grünen Baselland: Zustimmung.

Klaus Kirchmayr, Landrat Aesch

Ja zu Gemeindefusionen

Diese Änderung der Kantonsverfassung ist die Folge einer Teilrevision des Gemeindegesetzes.

Der zu ändernde Verfassungsartikel regelt die Zuständigkeit bei Gemeindefusionen. Bis anhin ist der Landrat als letzte Instanz für die Zustimmung zu Gemeindefusionen zuständig. Die Verfassungsänderung sieht vor, dass in Zukunft das gleiche Verfahren gilt wie bei Gesetzesänderungen, das heisst, dass eine (fakultative) Urnenabstim-

mung im ganzen Kanton über eine innerkantonale Gebietsveränderung möglich ist. Die Änderung war im Landrat und bei allen Parteien unbestritten. Allerdings ist zu bedauern, dass die Chance verpasst worden ist, Regelungen zu treffen, wonach der Kanton fusionswillige Gemeinden tatkräftig und finanziell unterstützt und entsprechende Anreize setzt. Empfehlung der Grünen Baselland: Zustimmung.

Lotti Stokar, Landrätin Oberwil

Regierungsratskommentar



Isaac Reber, Regierungsrat und Vorsteher der Sicherheitsdirektion

Regieren macht Freude

Parlamentsarbeit ist wichtig, mitregieren ist noch besser. Seit dem 1. Juli 2011 sind wir Grünen im Kanton Baselland noch stärker im Parlament und erstmals auch in der Regierung vertreten.

Nach guten drei Monaten kann ich mit Überzeugung sagen: mein neues Amt ist erwartungsgemäss sehr anspruchsvoll, macht vor allem aber auch sehr viel Freude. Für eine umfassende erste inhaltliche Bilanz ist es noch zu früh. Klar ist, und das weiss ich bereits aus meiner Zeit als Gemeinderat: Die Mitarbeit auf Regierungsebene vergrössert die Möglichkeiten massiv, Anliegen einzubringen und dem Prinzip der Nachhaltigkeit zum Erfolg zu verhelfen.

Bleiben wir aber nicht auf halbem Weg stehen. Grüne leisten mittlerweile in vielen Kantonen gute und erfolgreiche Regierungsarbeit. Wir sollten also das Ziel der Regierungsbeteiligung nun auch auf Bundesstufe anpeilen. Der Wahlsonntag hat gezeigt, dass die Zeit dafür noch nicht reif ist. Vor allem müssen wir wohl noch glaubwürdiger aufzeigen können, dass wir in der Lage sind, Wirtschaft und Umwelt erfolgreich zu verbinden. Pragmatische Haltungen und eine gute Strategie werden uns helfen, dass es in vier Jahren wieder viel besser aussieht.

Neu unter einem Dach: Grüne Baselland und Basel-Stadt



Das Gebäude an der Güterstrasse 83.

Die Grünen Baselland und Basel-Stadt legen ihre Büros in Basel zusammen. Mit dieser Pioniertat setzen sie symbolisch um, was ihnen ein zentrales politisches Anliegen ist: Die bessere und engere Zusammenarbeit zwischen Land und Stadt in unserer Region.

Die Grünen Baselland und Basel-Stadt arbeiten seit vielen Jahren zusammen, sei es z.B. bei Bildungs- oder Umweltfragen. Zudem setzen sie sich dafür ein, die politischen Grenzen in der Nordwestschweiz zu überwinden und Bedürfnissen der Gegenwart anzupassen. Mit dabei ist auch das junge grüne Bündnis nordwest, das seit seiner Gründung grenzübergreifend arbeitet und dem neuen gemeinsamen Büro angeschlossen ist.

Die Grünen sind in einem Gebäude mit spezieller Geschichte zuhause: Im ersten Mehrfamilienhaus der Nordwestschweiz, das nach Minerogie-P-Standard saniert und damit von der «2000 Watt-Gesellschaft – Pilotregion Basel» ausgezeichnet wurde. Die Liegenschaft gilt als Vorbild für umweltverträgliches Bauen und Betreiben von Gebäuden in der Region Nordwestschweiz.

Die neue Geschäftsstelle befindet sich an zentraler Lage nahe beim Bahnhof SBB an der Güterstrasse 83.

Sie umfasst neben dem eigentlichen Büro mit zwei Arbeitsplätzen auch ein Sitzungszimmer, das partei-internen Gremien und Arbeitsgruppen zur Verfügung steht.

Björn Schaub, Geschäftsleiter Grüne Baselland

«Start-Up-Seminar Gemeindewahlen 2012»

Die Grünen Baselland wollen in der Exekutive und der Legislative weiter zulegen. Die Kommunalwahlen vom 11. März 2012 sind eine nächste Gelegenheit. Um in den Gemeinden Hilfestellung zu leisten, wo wir noch nicht vertreten sind, laden die Grünen zu einem Abendseminar, bei dem potentielle Kandidatinnen und Kandidaten sich vernetzen und von erfahrenen Gemeindepolitikerinnen und Politikern lernen können, wie man am besten vorgeht.

Alle Interessierten sind herzlich willkommen.

Das «Start-Up-Seminar Gemeindewahlen 2012» findet am 24. November 2011 um 19 Uhr im Regierungsgelände in Liestal statt.

Weitere Informationen und Anmeldung bis am 18. November 2011 bei Beatrice Büschlen:

bbueschlen@sunrise.ch

Abstimmungsparolen 27. November 2011

Kantonale Vorlagen

NEIN zur Änderung vom 8. Dezember 2010 des Bildungsgesetzes (Neuordnung der Zuständigkeiten für die Beschlussfassung und Genehmigung von Stundentafeln und Lehrplänen).

JA zum Gegenvorschlag zur Initiative «einfachere Steuern im Basbiet» (Änderung der Kantonsverfassung vom 27. Januar 2011: § 133a Einfaches, leicht verständliches und nachvollziehbares Steuergesetz).

JA zur Änderung vom 10. Februar der Kantonsverfassung (§ 55 Öffentlichkeit von Verhandlungen und § 56 Information) und Datenschutzgesetz.

JA zur Änderung vom 22. September 2011 der Kantonsverfassung (§ 46 betreffend Gemeindefusionen).

Agenda

10.11.2011

«Gegen das Vergessen» wöchentliche Mahnwache der Grünen Gelterkinder gegen das Vergessen der AKW-Katastrophe in Japan und für den AKW-Ausstieg in der Schweiz. Organisator: Grüne Gelterkinder Gelterkinder, Allee 17.30- 18.30 h

17.11.2011

«Gegen das Vergessen», in der Allee, Gelterkinder

19.11.2011

Delegiertenversammlung Grüne Partei Schweiz, Bern

24.11.2011

«Start-Up-Seminar Gemeindewahlen 2012» (siehe Info links)

Aktuelle Agendatipps immer auf www.gruene-bl.ch

IMPRESSUM

Herausgeber: Grüne BL, Postfach 267,
4012 Basel

Redaktion: info@gruene-bl.ch

Auflage: 1400 Ex.

gedruckt auf Cyclus Offset, 100% Recycling

Werden Sie Mitglied (www.gruene-bl.ch) oder unterstützen Sie die Grünen BL mit einer Spende (PC-Konto 40-7608-1)